

Resolution der Mitgliederversammlung von IHK NRW zur Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen, 26.10.2023

„Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung“

I. Sorge um die Zukunft des Industriestandorts NRW

Seit Jahresbeginn rutscht NRW in die Rezession. Im ersten Halbjahr 2023 sank die Wirtschaftsleistung um 1,3 Prozent und die Aussichten bleiben schwach. Die Sorge um die Zukunft der Industrie in NRW manifestiert sich in Umfragen der IHK-Organisation in NRW. Jedes zweite Industrieunternehmen nimmt die Wirtschaftspolitik aktuell als Risiko für den eigenen Erfolg wahr – so viele, wie noch nie. Mit der Energiekrise verlieren Unternehmen das Vertrauen in die Zukunft des Industriestandorts NRW. Jedes vierte, größere Industrieunternehmen plant eine Verlagerung oder die Einschränkung von Produktion am Standort. Gleichzeitig treten die strukturellen Probleme des Industriestandorts NRW deutlich hervor ([NRW-Konjunktur](#)):

- **NRW fällt im Wachstum zurück:** In den letzten 10 Jahren musste NRW einen Wachstumsrückstand von 7,6 Prozentpunkten und damit einen Wohlstandsverlust von 27 Mrd. Euro pro Jahr im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hinnehmen ([IT.NRW](#)).
- **NRW fehlen Investitionen:** Bei der Investitionsquote (Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP) fällt NRW seit Jahren zurück (2022: NRW: 17,2 Prozent, übriges Westdeutschland: 24,2 Prozent). Im Vergleich fehlten damit in NRW allein in 2022 Investitionen in Höhe von rd. 49 Mrd. Euro. Auch bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung erreicht NRW den Bundestrend nicht ([Jacoby 2023](#), [Gemeinschaftsdiagnose 2023](#)).
- **NRW fehlen die Fachkräfte:** Zum zentralen Zukunftsrisiko für die Industrie wird der Mangel an Fach- und Arbeitskräften (56 Prozent), der dazu führt, dass Entscheidungen gegen den Standort getroffen werden.
- **NRW fehlt Geschwindigkeit:** Die komplexe, teils in sich widersprüchliche Bürokratie führt zu einem kaum noch beherrschbaren Umgang mit Regeln, die den Mittelstand überfordern, enorme Kosten erzeugen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie somit gefährden.
- **NRWs Infrastruktur verfällt zusehend:** Insbesondere die Sanierung der Brücken, Straßen und Schienen hält mit dem Verfall nicht Schritt. Aktuell werden weniger als die Hälfte der Autobahnbrücken pro Jahr erneuert, als notwendig wären, um die Erreichbarkeit des Industriestandorts NRW zu sichern. Das ist nicht akzeptabel und gefährdet auch den Erfolg der Transformation.
- **NRW verliert den Anschluss:** International locken die USA, China und andere Länder mit konkreten Unterstützungen sowie günstigeren Energie- und Produktionsbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien auf den Weltmärkten zu verbessern. NRW fällt im Vergleich mehr und mehr zurück.

Viele der Probleme sind erkannt. Es besteht ein breiter Konsens, NRW als Industrieland zu sichern. Der „7-Punkte-Plan“ des Landes NRW, das „Wachstumschancengesetz“ des Bundes und die Industriestrategie des BMWKs zielen auf eine Stärkung des Industriestandorts. Dies wird jedoch nicht ausreichen. Ohne die versprochene Zeitenwende hin zum „Deutschlandtempo“ schwindet das Vertrauen der Wirtschaft und großer Teile der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie.

Mit der vorliegenden Resolution wirbt **IHK NRW**, für eine konzertierte Aktion, um neues Vertrauen in eine erfolgreiche Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandorts zu schaffen. Die Transformation der Industrie in unserem Land kann nur gelingen, wenn die Industrie hier in NRW in ihre Zukunft investiert und ihre Rolle als global geschätzte Problemlöserin annehmen kann. Die NRW-Industrie ist auf den globalen Märkten aktiv und muss, bei uns auf Produktionsbedingungen stoßen, die mindestens so gut wie die in anderen hochindustrialisierten Ländern sind.

II. Vertrauen in den Industriestandort NRW

Um Entscheidungen für ihre Zukunft treffen zu können, benötigt die Industrie verlässliche Rahmenbedingungen und ein neues Grundvertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Standorts. Als Grundlage braucht die Industrie aus Sicht **von IHK NRW** eine neue Strategie für den Industriestandort NRW mit verbindlichen Verabredungen und klar messbaren Zielen zur industriellen Wertschöpfung und Beschäftigung im Land.

Eine solche belastbare Industriestrategie schafft den Unternehmen in NRW die erforderliche Rückendeckung, um den eigenen Transformationsprozess anzugehen. Mit der neuen Industriestrategie sollte die Landesregierung den industriepolitischen Belangen im Transformationsprozess Priorität einräumen. Sie muss die Verantwortung für den Ausgleich zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Belangen übernehmen.

IHK NRW fordert die Rückbesinnung auf eine konsistente, auf die Belange der Industrie ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Dabei sieht **IHK NRW** insbesondere folgende Handlungsfelder:

Die NRW-Industrie braucht Energie: Die Energiekosten der Industrieunternehmen in NRW liegen um den Faktor 2 bis 3 über dem internationalen Vergleich. Die Rohstoff- und Energiekosten sind für rd. 70 Prozent der Industrieunternehmen das zentrale Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung ([IHK NRW Konjunktur](#)). In Teilen der Industrie ist damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr gegeben. Um kurzfristig die aktuellen Preisunterschiede auszugleichen und langfristig die Versorgung zu sichern, sind durchgreifende und schnell umsetzbare Maßnahmen auch für den industriellen Mittelstand erforderlich ([IHK NRW Energie](#)).

Die NRW-Industrie braucht Geschwindigkeit: Im Energiewendebarmometer geben 60 Prozent der Unternehmen an, derzeit Investitionen zurückzustellen, weil sie die bürokratischen Aufwände nicht tragen können. Mit dem Pakt für Planungsbeschleunigung sollte auch für die Transformation der NRW-Industrie „Deutschlandtempo“ möglich werden. In einer konzertierten Aktion auf allen föderalen Ebenen sollte der Abbau überbordender Bürokratie angegangen werden. Ein Drehen an einigen Stellschrauben wird nicht reichen. Deutschland und NRW brauchen einen Paradigmenwechsel. ([IHK NRW Beschleunigung](#)).

Die NRW-Industrie braucht Level-Playing-Field: Die NRW-Politik muss sich dafür einsetzen, dass keine für die Wirtschaft belastenden Normen und Ziele über das durch die Europäische Union gesetzte Niveau hinausgehen. Das gilt auch für Normen und Ziele, die NRW selbst festlegt.

Die NRW-Industrie braucht Fach- und Arbeitskräfte: Der demografische Wandel und mit ihm die sinkende Zahl an Fach- und Arbeitskräften werden zu einem der Hauptprobleme für die NRW-Industrie. Innerhalb der begrüßenswerten Fachkräfteoffensive der Landesregierung sollten nun auch die Bedarfe der Industrie stärker fokussiert werden.

Die NRW-Industrie braucht Fläche: Für die Transformation wie auch zur Ansiedlung neuer (klimaneutraler) Industrien benötigt der Industriestandort ausreichende und geeignete Flächen. Bei der Novellierung des Landesentwicklungs- und der Regionalpläne sollte Vorsorge für ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen getroffen werden, um Flächenknappheiten mit den daraus resultierenden Preissteigerungen zu verhindern. Die wachsende Konkurrenz zwischen Flächen für Gewerbe und den Ausbau der Erneuerbaren Energien gilt es auszu-schließen. ([IHK NRW LEP](#)).

Die NRW-Industrie braucht Rohstoffe: Marode Brücken, Straßen, Stadtbahntunnel, Bahnstrecken und Radwege müssen neu gebaut oder saniert werden, neue Windenergieanlagen und Strommasten brauchen Fundamente. Neue Kosten wie z. B. eine Rohstoffabgabe sind kontraproduktiv und erhöhen die Baukosten. Sie müssen vermieden und sofern bereits vorhanden, abgeschafft werden. Zusätzlich braucht NRW eine Rohstoffstrategie, die von der Gewinnung und Rezyklierung über den Import bis zur Deponierung nicht vermeidbarer Abfälle ein umfassendes und zeitgemäßes Handlungskonzept schafft und gleichzeitig Anreize zur Kreislaufschließung gibt. Auch die Rohstoffbeschaffung der Industrie auf den Weltmärkten benötigt eine stärkere Flankierung durch die Politik ([IHK NRW Rohstoffe](#)).

Die NRW-Industrie braucht leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen: Sanierungsstau, Kapazitätsengpässe sowie fehlende Anpassungen auf veränderte Transport- und Mobilitätsanforderungen beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden existenzbedrohend für Industriestandorte. Zur Sicherung des Industriestandorts NRW muss das Tempo der Ertüchtigung von Brücken, Gleisen und Schleusen deutlich erhöht werden. Letztlich ist auch der Bau von Windenergieanlage auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen, die Schwerlasttransporte ermöglicht.

Die NRW-Industrie braucht neue Netze: Der Ausbau der Energieinfrastrukturen, insbesondere des Strom- und des Wasserstoffnetzes - auch in der Fläche - muss dem Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren Energie und der Wärme- und Mobilitätswende angepasst werden. Ohne den zügigen, massiv beschleunigten Ausbau von Verteilnetzen und Speicherkapazitäten werden durch Drosselung und Abregelung die Potenziale der Erneuerbaren Energien nicht ausgeschöpft.

Die NRW-Industrie setzt auf Digitalisierung: Gerade im Bereich der Planung und Genehmigung entsteht Bürokratie als Folge unklarer Entscheidungsprozesse und -verantwortung und zu träger Kommunikationswege zwischen den Behörden. Die NRW-Industrie setzt auf die Digitalisierung des Verwaltungshandelns, um Entscheidungen zu beschleunigen, aber auch um die Strukturen – Verfahren, Prozesse und Verantwortlichkeiten – neu zu strukturieren und zu vereinfachen. Dabei müssen das Beharren der Behörden auf langjährig praktizierte Verfahren beendet und der Ausbau der digitalen Infrastrukturen schneller vorangetrieben werden.

Die NRW-Industrie braucht den Zugang zu den Weltmärkten: Der globalisierte Welthandel hat sich mit den Krisen und geopolitischen Konflikten verändert. Dies stellt die exportorientierte NRW-Industrie vor die Herausforderung, ihre internationalen Absatz- und Lieferketten neu zu denken, um der Zeit gerecht werden und gleichzeitig die Chancen des Welthandels weiter nutzen zu können. Die Außenpolitik muss diese Interessen stärker berücksichtigen.

Die NRW-Industrie braucht neue Impulse: Eine lebendige Gründungskultur und unternehmerischer Nachwuchs sind die Schlüssel, um Innovationen in den etablierten Industrieunternehmen voranzutreiben sowie um einen Beitrag zur Diversifizierung der Wirtschaft und damit zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit zu leisten. Diese Erkenntnis muss auch Auswirkungen auf die Bildungssysteme haben, um die Chancen von Entrepreneurship stärker zu vermitteln.

III. Perspektiven für den Industriestandort NRW

Mit einer neuen strategischen Industriepolitik sollte die Landesregierung die langfristigen Perspektiven des Wirtschafts- und Industriestandorts im internationalen und nationalen **Standortwettbewerb** fokussieren. Die Steuerbelastung in NRW ist im internationalen Vergleich viel zu hoch. Nicht nur bei den Energiekosten sind einfache und klare Entlastungen wie im US-amerikanischen Inflation-Reduction-Act (IRA) zielführender als steuernde Subventionen.

Der Weg in die Klimaneutralität setzt auch massive **Investitionen** der öffentlichen Hand voraus. In den öffentlichen Haushalten muss heute die Grundlage für diese Investitionen, in attraktive Standortbedingungen bei gleichzeitigem Erhalt der Lebensqualität vor Ort geschaffen werden. Weiter steigende Grund- und Gewerbesteuern und verteuerte Abgaben schaden der Wettbewerbsfähigkeit von NRW. Zumal die Unternehmen einen ausreichenden finanziellen Spielraum benötigen, um selbst der Transformation zu begegnen ([IHK NRW Haushalt](#)).

Die Industrie braucht ein positives Innovationsklima, mehr Unterstützung durch Wissenschaft im Innovationsprozess, Techniktoleranz in der Bevölkerung und bessere Technikförderung junger Menschen (MINT). Über gezielte **Investitions- und Innovationsanreize** sollte die Landesregierung die Attraktivität des Industriestandorts und die Innovationskraft der Unternehmen stärken. Mit der Überarbeitung der Innovationsstrategie sollten Instrumente im Vordergrund stehen, durch die Unternehmen mit möglichst wenig Regulierungen und bürokratischen Aufwänden innovativ tätig werden können.

Eine neue strategische NRW-Industriepolitik erfordert eine frühzeitigere Ausrichtung auf die industriepolitisch relevanten **Vorhaben der Europäischen Union**. Vom Net Zero Industry Act (NZIA) bis zum Digital Product Passport (DPP) gibt die EU leitende Vorgaben zur Standortentwicklung, zur stofflichen Transformation und zu unternehmensinternen Abläufen. Die Landesregierung sollte sich frühzeitig mit neuen regulatorischen Vorgaben von Bund und EU auseinandersetzen und sich im Sinne der Standortverantwortung auf diese vorbereiten sowie ein Überschießen über Bundes- und EU-Recht ausschließen.

Es geht nicht um Widerstand gegen den Wandel, sondern um eine gute Vorbereitung. Es geht nicht um das Anhalten eines Veränderungsprozesses, sondern um das aktive, industrieverträgliche Gestalten, das die Wertschöpfung und Steuerkraft der Industrie stärkt, statt schwächt.

Es geht darum, das Neue besser zu machen, damit es zur Chance und zum Motor aber nicht zu einer weiteren Belastung für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen werden kann.